

Berliner Tageblatt

Nr. 578 (Ausgabe für Berlin)
Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Freitag 5. Dezember 1924

Druck und Verlag von Rudolf Moller in Berlin.

Ein Erfolg der demokratischen Politik.

Die Bedeutung des deutsch-englischen Handelsvertrages.

Der Abschluß des Vertrages.

E. D. Während der Außenminister Dr. Stresemann sich seit Wochen ausschließlich dem Wahlgang widmet, ist es der deutschen Diplomatie und den amtlichen deutschen Wirtschaftsvertretern in London gelungen, den ersten großen, richtunggebenden Handelsvertrag mit einer der alltiersten Mächte, mit England, abzuschließen. Am 10. Januar kommenden Jahres tritt bekanntlich die Klausel des Verfallers Friedensvertrages, die Deutschland eine einseitige Meistbegünstigung den damaligen Kriegsgegnern gegenüber auferlegte. Die monatelangen Verhandlungen und Verhandlungen der deutschen Delegierten mit den verschiedenen Nationen über die Neuregelung der Handelsverhältnisse haben nunmehr zu einem, dem ersten großen Einvernehmen geführt. Mit Genugtuung stellen wir fest, daß der alte englische Handelsgeist, der sich von allem Kleinlichen fernhält und immer nur die großen weltwirtschaftlichen Aufgaben im Auge hat, Deutschland gegenüber alle Vereingemessenheit und alles Mißtrauen aus der Kriegszeit her hat fallen lassen. Deutschland ist wieder wirtschaftlich, als gleichberechtigte Großmacht anerkannt worden. Eine neue Epoche ist damit in die psychologische Phase, die uns seit Jahren umgeben hat, geschlossen worden. Das ist ein unbestreitbarer Erfolg der demokratischen Außenpolitik, zu der auch Dr. Stresemann sich, nach vielen Zerrungen und Wägungen, bekannt hat, und die jetzt als „nationale Realpolitik“ neu zu etablieren vermag. Nachdem sich Deutschland durch sein uneingeschränktes demokratisches Wiederarbeitertum im Ausland bereits wieder finanziell und politisch Vertrauen erworben hat, unterstreicht das Ausland dieses Vertrauen nunmehr auch wirtschaftspolitisch durch den Abschluß eines Vertrages, der auf dem Prinzip völliger Gleichberechtigung aufgebaut ist.

In dem deutsch-englischen Handelsvertrage fallen alle Beschränkungen fort, die das freie Spiel der Märkte in dem gegenseitigen Handels- und Transportverkehr einschränken konnten. Der Grundriss der Meistbegünstigung wird, hüben und drüben, auf der ganzen Linie durchgeführt. Das bezieht sich nicht nur auf den Waren- und Import, sondern auch auf die Niederlassung deutscher Gewerbetreibender in England und umgekehrt. Das erstreckt sich in der gleichen Weise auf die Gewerkschaften, auf das Versicherungswesen, auf die Patente, auf die Auslieferung, und endlich, auch auf die Schifffahrt. Alle Ein- und Ausfuhrverbote sollen fallen und nur dann sollen sie als Ausnahme in Kraft bleiben, wenn sie allen übrigen handelsstrebenden Nationen gegenüber gleichmäßig angewendet werden. Selbst in der vielumstrittenen Frage, ob deutsche Matrosen auf englische Schiffe dienen dürfen, hat die Londoner Regierung nachgegeben, obwohl sie, bei der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit in England, mit dem Verbot ihrer Matrosen gegen diese Konkurrenz zu rechnen hatte. Alle Streitfragen sollen vor ein Schiedsgericht, und zwar vor den künftigen Internationalen Gerichtshof im Haag, kommen. Die Vertragsdauer soll sich auf fünf Jahre, mit einjähriger Kündigungsfrist, ausdehnen. Die Bestimmungen des Vertrages sollen allerdings nicht für die englischen Dominions, die Kolonien und die Mandatsbesitzungen Geltung haben. Darüber hat die englische Regierung kein Verfügungsrecht, sich aber bereit erklärt, Indien und die Dominions zum Abschluß gleichartiger Verträge zu veranlassen.

Offen gelassen ist einzig und allein das Problem der 26-prozentigen Exportabgabe, die England als Reparationsmaßnahme dem deutschen Handel auferlegen hat. Die deutsche Regierung hat von vornherein den Standpunkt vertreten, daß nach der Annahme des Dawes-Guthachten diese einseitige Abgabe unzulässig sei. Mit Erfolg hat sie sich dagegen gewehrt, daß der deutsche Exporthandel auf diese Weise in seiner Entwicklung gehemmt und mit einer Abgabe belastet werde. Auf alle Fälle wird das

bisherige Verfahren, wonach jeder einzelne Exporteur diese Abgabe zu entrichten und sie sich dann umständlich von der deutschen Regierung einzulassen hat, fortfallen. Das war eine unerträgliche Belastung des deutschen Handels mit England, die ihm die Entfaltungsmöglichkeit nahm. So das Reich freilich im Rahmen der gesamten Reparationsverpflichtungen diese speziellen Abgaben schließlich als eine Pauschalsumme zu bezahlen haben, oder ob England wie die übrigen Reparationsgläubiger direkt und ausschließlich aus dem allgemeinen Reparationsfonds befreit werden wird, steht noch dahin. Das letzte Wort hat der Generalagent für die Reparationszahlungen zu sprechen.

Abgesehen davon, begrüßen wir diesen lokalen Meistbegünstigungsvertrag mit England und hoffen, daß die deutschen Händler, nach diesen neuerlichen Erfolgen der demokratischen Außen- und Wirtschaftspolitik, am Sonntag bei der Wahl durch das Eintreten für die Deutsche demokratische Partei es ihr ermöglichen werden, diese Politik konsequent und unbeirrt fortzuführen.

Der Verlauf der Londoner Verhandlungen.

Die Dominions und Indien — Einwürfe der deutschen Delegierten.

Neben der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen wird uns von einem Mitglied der gestern aus London nach Berlin zurückgekehrten Delegation folgendes mitgeteilt:

„Die Handelsvertragsverhandlungen in London waren die ersten Verhandlungen, die nicht auf Grund des Vertrages von Versailles stattfanden. Es waren Verhandlungen zwischen Gleichgestellten, bei denen lediglich die Interessen der beiden Parteien zu Worte kamen. Sie wurden durchweg in einem angenehmen und freundschaftlichen Tone geführt.“

Durch den Vertrag werden die gesamten Handels- und Verkehrsinteressen die Beziehungen- und Niederlassungsrechte der beiderseitigen Staatsangehörigen und Gesellschaften in den beiden Ländern nach dem Grundriss der Meistbegünstigung geregelt, d. h. die deutschen Staatsangehörigen und Gesellschaften werden in Zukunft in Großbritannien genau so behandelt werden, wie die Staatsangehörigen der meistbegünstigten Nationen. Ein wie großer Fortschritt das gegen den bisherigen Zustand bedeutet, werden am besten die deutschen Kaufleute ermeinen können, die zu Großbritannien geschäftliche Beziehungen unterhalten. Wenn es nicht gelang ist, die Einzelbestimmungen ganz aufzuheben, so ist auf Grund der Verhandlungen doch in Zukunft deren liberale Handhabung zu erwarten; jedenfalls werden die Deutschen in England nicht mehr schlechter behandelt werden als die Angehörigen anderer Nationen.

Eine gleichzeitige Regelung unterer Verhältnisse zu Indien und den Dominions sowie den anderen Teilen des britischen Reiches war nicht möglich, da England verfassungsrechtlich nicht das Recht hat, für die Regierungen dieser Gebiete in wirtschaftlichen Dingen bindende Verpflichtungen einzugehen. Zum Beweis dieser Behauptung ist darauf hingewiesen, daß die Zollpolitik Indiens und der großen Dominions sich ja in erster Linie gegen das Mutterland selbst richtet und trotz aller Bezugnahme die Zollhoheit zu behalten sind, daß sie die Einfuhr aus Großbritannien einschränken. Entgegen anderen Meinungen hat die britische Regierung nun nicht die Absicht, das Zustandekommen einer Regelung zwischen Deutschland und den oben genannten Gebieten zu verhindern, sondern sie wird vielmehr dem Vertrag dort vorgehen und seine Annahme empfehlen. Sollte diese Annahme abgelehnt werden, dann steht es Deutschland frei, mit den Dominions ohne englische Vermittlung zu verhandeln.

Schließlich darf noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch die in den Abschnitten 1 und 2 des Protokolls gemachten Konzeptionen durchaus für beide Teile gelten.

Englische Pressestimmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 5. Dezember.

Zum Abschluß des deutsch-englischen Handelsvertrages stellt die gesamte Morgenpresse, soweit sie zu diesem Ergebnis Stellung nimmt, fest, daß die Verhandlung unbedingt notwendig war, erstens, weil zu Beginn des neuen Jahres der Zeitraum von fünf Jahren, während dessen sich die Allierten das Wirtschaftswortrecht gesichert hätten, abläufe, und zweitens, weil ohne diese Verhandlung ein neuer Handelskrieg entstanden wäre. Selbst die „Morning Post“ gibt zu, daß der Abschluß eines deutsch-englischen Handelsvertrages nötig sei, meint aber, es sei eine zweite Frage, ob der vorliegende Vertrag für England vorteilhaft wäre. Das Blatt weist hierbei auf die Ausführungen von W. A. Hewins hin, der auf dem Standpunkt steht, daß der Vertrag Deutschland „außerordentliche Vorteile biete, und daß er es in erhöhtem Maße befähige, mit den englischen Interessen in Wettbewerb zu treten.“ Hewins sagt, wir müßten auf den uneingeschränkten Wettbewerb in Handel, Schifffahrt wie auf allen anderen wirtschaftlichen Gebieten Englands gefaßt sein. „Morning Post“ weist dann noch darauf hin, daß die Dominions, Indien und die englischen Kolonien und Protektorate im Augenblick nicht in den Vertrag eingeschlossen seien. Die Produktion des Empire würde sich jedoch des Meistbegünstigungsrechtes erfreuen, wenn sie den deutschen Waren die gleiche Behandlung zuteil werden löße.

Wahlkampf und Zukunft.

Von (Nachdruck verboten.)

Major August v. Parsoval.

Der Wahlkampf tobt. 26 Parteien ringen um die Gunst der Wähler. Davon, an deutschen Verhältnissen gemessen, sechs große Parteien, die gewisse Weltanschauungen oder Interessengruppen vertreten, ein Dutzend andere noch zur Zeit berechtigt, der Rest ist Kleinzeug, das einem persönlichen Ehrgeiz, einem feinen Geldinteresse oder gar irgendeiner Verächtlichkeit seine Entstehung verdankt. Nach englischen Begriffen würden drei, höchstens vier Parteien berechtigt sein: eine demokratisch-republikanische, eine monarchistische und eine katholische Partei. Dazu noch eine Arbeiterpartei. Wir müssen mit der Zeit dahin kommen, in Deutschland eine ähnliche Vereinfachung zu erzielen.

Gesehen vom rein demokratischen Standpunkt sind die Deutschnationalen, die Volkischen und der rechte Flügel der Volkspartei nur eine reaktionäre, antirepublikanische Masse, die sich untereinander nur im Temperament und allenfalls in der Kampfmethode, aber nicht in der Tendenz unterscheiden. Was die Kampfmethode betrifft, so müßte sich die Deutsche Volkspartei einigermassen beherrschen, da sie nach der Wahlsicht wieder mit den Deutschnationalen zusammenarbeiten will. Herr Stresemann versucht vergeblich, den Wind von allen Seiten zu fangen und den Geboten der Staatsvernunft wie den Oppositionsgeistern seiner Wähler gleichzeitig Genüge zu tun. Er greift daher die Tatsachen ein bisschen und schließt wie der Diamant in allen Farben. Nur ist er nicht so ebel.

Mit Bedauern muß ich feststellen, daß der Grundriss, das man im Kampf mit den Volksgenossen nur mit a n s t ä n d i g e n Mitteln zu arbeiten soll und nicht wie man im Kriege gegen den ausländischen Feind vorgeht, von fast allen Parteien mißachtet wird. Namentlich aber die Deutschnationale Volkspartei hat den Wahlkampf vorwiegend als einen Gegner Mangel an Rationalität gewertet. Aber sie hat den Bogen überspannt, und nun hat sich der Pfeil auf den Schützen zurückgewendet. Jahrelang haben die Deutschnationalen gegen alle notwendigen und leider oft idiosyncratischen Regierungsmassnahmen auf das schärfste protestiert. Sie haben dem Wiederbau geradezu entgegengehandelt, um die Weltfugung der Republik zu verhindern. Ich will keine scharfen Ausdrücke anwenden; aber ihre Journalistika des Krieges die Engländer gegen uns angewendet haben. Als nun das Dawes-Guthachten kam, da mußten sie Farbe bekennen, und um die Meistbegünstigung zu vermeiden, haben sie die bekannten „Abkommensbedingungen“ gemacht. Sie müßten sich dann sagen lassen, daß sie die Republik anerkennen, wenn es sich um die Ministerliste handelt, sie aber auch schärfste bekämpfen, wenn es um die Wahlmänner geht. Dadurch haben sie nicht nur bei ihren Gegnern, sondern auch bei ihren eigenen Wählern das Vertrauen verloren und hatten das Unglück, daß sogar in der englischen Presse die Verwunderung darüber ausgedrückt wurde, daß sie durch ihre Politik die Stellung Deutschlands dem Ausland gegenüber schädigen. Aber eines soll ihnen nicht vergessen werden. Die Deutschnationalen sind die Führer bei der Niederlage geworden. Sie haben durch unfinstige Verlängerung des Widerstandes den Zusammenbruch herbeigeführt, für den sie nun die „Novemberverbrechen“ verantwortlich machen, um sich selbst zu entlasten. Freilich kann man die Revolution nicht entschuldigen. Sie war schlimmer als ein Verbrechen, sie war eine kolossale Dummheit. Aber daß solche Ereignisse eintreten müssen, wenn die letzten Mittel des Widerstandes und die letzten Nervenkraft verbraucht sind, und gar wenn der oberste Führer erklärt, daß alle Hoffnung verloren ist, so wie es der General Luden vor sich getan hat — das müßten diese „Staatsmänner“ wissen und — sie müßten es auch. Aber ihnen ging es auf Wagnis oder Brechen. Es war ein verbrecherisches Hazardspiel.

Was du auch tust, fange flüchtig an, und bedenke das Ende. Dieses „bedenke das Ende“ hat den Führern all die Kriegsjahre und schon lange vorher gefehlt. Mit blutendem Herzen sieht man nachträglich, wie die vorläufige Wismarsche Politik verlassen wurde, ungenutzt einer fahigen, unklaren, und auf den äußersten Schein bedachten Politik. Konfervative Beschränktheit hat uns den Meistbegünstigung verloren, und diese feindselige, die Verhältnisse nicht berücksichtigende Art ist heute noch die gleiche. Das Unverständnis, die utopische Art der Beurteilung, als könnte die Regierung mit mehr Energie größere Erfolge heraushehlen — bei ihrer effektiven Nachlosigkeit — ist groß, und es wird nur von der Struktur der politischen Überkommen, mit der gefährliche Depressen der französischen Regierung erkunden werden, um den Gegner zu diskreditieren.

Ein aufrichtiges Zusammenwirken mit den Deutschnationalen war nicht zu erwarten. Man sah voraus, daß sie ihren Einfluß in der Regierung zur Untergrabung der Republik verwenden würden. Das Zusammengehen mit dieser Partei Recht abgelehnt zum großen Entsetzen aller Zeitgenossen. Ihnen sei aber unter aller Heiligkeit gesagt. Seit dem Kriege war das einmal wieder ein mannhafte Wort, daß die Situation klar! Freilich hat sich hinzugefügt, daß nur solange, bis die Entscheidung der Staatsgewinnung die nötigen Fortschritte gemacht habe, deren Ausschluß dauern soll. Ich glaube, das wird lange dauern, und die Entscheidung wird einen ganz andern Weg laufen. Der Grasen antiker Republikanismen und Gegnern der Republik wird sich voraussichtlich durch den Wahlkampf merklich vertiefen, und es ist dringend nötig,

Die Deutsche demokratische Partei

steht auf den Stimmzetteln an 2. Stelle. Wer demokratisch wählt, muß auf dem Stimmzettel in den Kreis hinter der



ein Kreuz einzutragen. Am 2. Dezember muß der 7 der Sieg gehören!

Eine Enthüllung Dr. Wirths.

Witz gegen Stresemann. — Volksparteilige Briefe an Rathenau.

(Telegramm unferes Korrespondenten.)

W. Adm., 5. Dezember.

Aus einer der letzten großen Vernehmungen des Reichstages in Adm. bezieht die Anrede des früheren Reichstages Dr. Wirth besonders hervorgehoben zu werden. Dr. Wirth, der vor einer noch Tausenden zählenden Zuhörerschaft in der hiesigen Hofhalle sprach, betonte, daß er mit dem Reichstagsler Marx in Zug und im Ziel der deutschen Politik vollkommen einig sei. Am Ende seiner Rede erklärte Wirth, daß die Deutschen Volkspartei und den Reichstagsler Marx in Zug und im Ziel der deutschen Politik vollkommen einig sei. Am Ende seiner Rede erklärte Wirth, daß die Deutschen Volkspartei und den Reichstagsler Marx in Zug und im Ziel der deutschen Politik vollkommen einig sei.

Das Schlusswort.

Minister a. D. Koch an die „Nationalliberalen Korrespondenz“.

Reichsminister a. D. Koch hat an die Nationalliberalen Korrespondenz folgendes abschließende Schreiben gerichtet: „Auf Ihre Erwiderung „Demokratische Selbstbestimmung“ mir noch Worte: 1. Sie behaupten, Herr Stresemann habe die Politik des Reichstages...“

* Theater im Reich. „Martha und Maria“, eine Operette in drei Akten von Hans Krani, wurde im Wesen des...
* Berliner Theaterkritik. Am Mittwoch, 10. und Donnerstag, 11. Dezember, nachmittags 8½ Uhr, veranstaltete das Große Schauspielhaus...
* Theater im Reich. „Martha und Maria“, eine Operette in drei Akten von Hans Krani, wurde im Wesen des...
* Berliner Theaterkritik. Am Mittwoch, 10. und Donnerstag, 11. Dezember, nachmittags 8½ Uhr, veranstaltete das Große Schauspielhaus...
* Theater im Reich. „Martha und Maria“, eine Operette in drei Akten von Hans Krani, wurde im Wesen des...
* Berliner Theaterkritik. Am Mittwoch, 10. und Donnerstag, 11. Dezember, nachmittags 8½ Uhr, veranstaltete das Große Schauspielhaus...

Lubenbergs Verantwortlichkeit

Er zieht ohne unbedingte Notwendigkeit die weiße Flagge auf. — „Ein findig Kopf.“ — „Ehrgeiz, Ueberhebung und Hochmut.“

Aus den unveröffentlichten Gutachten.

Die Gutachten des Generals v. Rühl, des Obersten Schwertfeger und des Professors Hans Delbrück über die Ursachen des Zusammenbruchs liegen seit Monaten dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss vor und sind auch längst gedruckt. Trotzdem hat sie aus unbestimmten Gründen immer noch nicht veröffentlicht, was um so bedauerlicher ist, als sie in ihrer strengsten Sachlichkeit geteilt sind, eine ausgezeichnete politische Auffassung und Erziehungsarbeit zu leisten. Zum mindesten ist ihnen dem Zielverwirklichten Gutachten einige Abschnitte wiedergeben:

A. Fast das Wichtigste in dem Schwertfegerischen Gutachten scheint mir der schon in dem ersten Teil angelegte und hier weiter ausgeführte Nachweis zu sein, daß die Oberste Heeresleitung tatsächlich die politische Reichsleitung sowohl wie der Kaiser selbst als Führer der Reichspolitik von der Entscheidung an zu verantworten hat, und die Führung selber in die Hand genommen hätte, ohne jedoch dafür auch die Verantwortung zu übernehmen. Der Kaiser würde sehr auf, wie verständlich Lubenbergs der Politik gegenüber, aber er hätte sich nicht...“

Der Kaiser ist auch sehr wohl, daß die Tuppen überangetragen wurden, doch ihnen zu viel zugeteilt wurde. Aber Lubenbergs liegt sich nicht dreizehen. Bedenkt man die Verhältnisse, so ist es mir eine unauflösliche Schwierigkeit zu sein, wenn an anderen Stellen wieder die Verantwortung des Kaisers als des Obersten Kriegsherrn betont wird.

Das Schwertfegerische Gutachten, in Uebereinstimmung mit dem Rühlischen Gutachten, stellt, daß die Oberste Heeresleitung in den Entscheidungen vom 18. und 19. August, nach der Niederlegung des Reichstages und des Kaiserthums nicht mit genügender Klarheit über die militärische Lage informiert war. An dieser Stelle scheint es mir nicht, noch etwas lieber zu geben. In diese Richtung ist die Sachlage zu sein, wenn an anderen Stellen wieder die Verantwortung des Kaisers als des Obersten Kriegsherrn betont wird.

„Damit der deutsche Staatmann richtige Politik machen konnte, mußte er auf alle erdenkliche Art über die militärische Lage unterrichtet sein. In dem Gutachten des Reichstages, dem ich bei der Besprechung der Lage nicht beigewohnt habe, ist die Besprechung zum Vorschein gekommen, daß das zu einer Katastrophe führen würde.“

„Damit der deutsche Staatmann richtige Politik machen konnte, mußte er auf alle erdenkliche Art über die militärische Lage unterrichtet sein. In dem Gutachten des Reichstages, dem ich bei der Besprechung der Lage nicht beigewohnt habe, ist die Besprechung zum Vorschein gekommen, daß das zu einer Katastrophe führen würde.“

„Damit der deutsche Staatmann richtige Politik machen konnte, mußte er auf alle erdenkliche Art über die militärische Lage unterrichtet sein. In dem Gutachten des Reichstages, dem ich bei der Besprechung der Lage nicht beigewohnt habe, ist die Besprechung zum Vorschein gekommen, daß das zu einer Katastrophe führen würde.“

„Damit der deutsche Staatmann richtige Politik machen konnte, mußte er auf alle erdenkliche Art über die militärische Lage unterrichtet sein. In dem Gutachten des Reichstages, dem ich bei der Besprechung der Lage nicht beigewohnt habe, ist die Besprechung zum Vorschein gekommen, daß das zu einer Katastrophe führen würde.“

Kaiser den Gipfelpunkt überläßt, meinetwegen möchte ich darin aber ein entscheidendes Moment für General Lubenbergs erblicken. Wer es sonst schiedensmäßig nicht glauben will, der muß an dieser Stelle nachdenken, man darf sagen endlich politischer Kopf General Lubenbergs ist.

„In der „Bismarck-Ausgabe“, die den Schluss des Reichstages bildet, heißt es dann: „Das Wesen der Monarchie ist aufgehoben, wenn sie in der Gegenwart erlischt, daß die Diktatur in jeder politischen Krise einen großen Mann hervorbringen solle. Ich halte mich durchaus an den Mann, der tatsächlich und praktisch der erste König der Krone geworden war, auch wenn er es des staatsrechtlichen Rechts nach nicht war. Das war General Lubenbergs, und dieser hat nicht nur Deutschland in's Unglück geführt, sondern ich kann ihm auch die Entschuldigung, daß er immer nur das Beste für das Vaterland im Auge gehabt habe, nicht zuzulassen. Aus seinen Schriften und Taten spricht ein ungeheurer Ehrgeiz, Ueberhebung und Hochmut. Ein überhebender Mann muß imstande sein, auch unpopuläre Handlungen auf sich zu nehmen. Er muß es ertragen, daß Güterer ihn schmählich schelten, wenn er ihn handelt. Herr Lubenbergs ertrug nicht, daß 1888 die Generale im Hauptquartier vor ihm aufgeklopft hätten, Hochverrat zu begehen, wenn Lubenbergs nicht wollte, was den Reichstagsmitgliedern mit Beharrlichkeit betrieb. Aus Lubenbergs Handlungen und Redensarten ist deutlich hervor, daß er sehr mit wußte, daß Deutschland die ungeschwätlichen Ziele der Nationalpolitik nicht erreichen werde, aber er hätte sich seine Popularität auf's Spiel zu lassen, indem er in diesem Sinne die Verantwortlichkeit, die das Hauptquartier betrautet und mit ihm in Verbindung stand, einwirkte. Er selber weigert die Verbrechen der Hochverrat, beim Kaiserlichen Hof aber wie beim Kaiserlich er sich durch Offiziere vertreten, die für die Verantwortlichkeit waren, und empfahl der Regierung selber, in diesem Sinne eine Agitation zu organisieren. Die Behauptung, daß er in Grunde seines Herzens einen gemäßigten Frieden gewünscht habe, ist offenbar richtig, aber die Anpopulartät, die im Kreis seines Anhänger mit einem solchen Frieden verbunden gewesen wäre, würde, aber er anderen überlassen.“

Unauffindbare böhsische Verleumder.

Wenn Sie ihre Behauptungen beweisen sollen... Die leichfertigkeit der deutschböllischen Presse verurteilt und wie hinterher bemerkt werden, wenn eine Verleumdung die gelten vor dem Schöffengericht des Kaiserlichen Reichsgerichts...“

„Dr. Edener und der deutsche Gedanke.“

Ein neues Wahlmandat der Deutschen. Daß die Leser unserer Apparatheausgabe fragen wie auf unsere Berliner Wochenblätter, so möge die folgende Kennzeichnung deutschnationaler Hochmut...“

12. Nov. 1900

Obse Gewähr

REINHEITS-KURSE

Main table containing various stock market listings, including sections for Deutsche Staatsanleihen, Wertpapier-Anleihen, Deutsche Pfandbriefe, and various bank and industrial stocks. Each entry includes a company name, a numerical value, and a small letter code.

1. Gruppe

Small table on the right side of the page, likely a continuation of the main table or a specific index, with columns for company names and values.

